

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Rudolf Scharping würdigt das Eisenacher Programm anlässlich seines 125. Jahrestages: Wichtiger Schritt in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie.

Seite 1

Rudolf Scharping, Franz Vranitzky und Otto Stich bekennen sich beim Bodensee-treffen der Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zu einer Politik hoher Beschäftigung durch eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft.

Seite 2

Ingomar Hauchler MdB kritisiert den Entwicklungshaus-halt von Bundesminister Spranger und kündigt an, daß die SPD der Entwicklungspoli-tik stärkeres Gewicht geben wird.

Seite 3

Michael Müller MdB macht die Bundesregierung für den ökologischen Kolonialismus verantwortlich und schlägt eine nationale Klimaschutz-konferenz vor.

Seite 5

49. Jahrgang / 149

5. August 1994

Zum 125. Jahrestag des Eisenacher Programms

Von **Rudolf Scharping**
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Das Eisenacher Programm stellt einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie dar, die mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Führung von Ferdinand Lassalle 1863 begonnen hatte. Für die Bildung einer kraftvollen politischen Arbeiterbewegung waren andere Gruppierungen, die sich später mit dem ADAV vereinigten, von großer Bedeutung. Dabei spielt der Allgemeine Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterkongreß, der unter Leitung August Bebel's vom 7. bis 9. August 1869 in Eisenach stattfand, eine wichtige Rolle.

Eine zentrale Forderung aus den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie findet sich auch im Eisenacher Programm: die 'Ereilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an'. Die 'Eisenacher' beschlossen die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, Kampf gegen Klassenprivilegien und Vorrechte, sowie 'gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle'. An die Stelle des 'Lohnsystems' sollte eine genossenschaftliche Verfassung der Arbeit treten und - aus der Tradition Lassalles - die Förderung des Genossenschaftswesens durch den Staat. Gleichberechtigung aller Volksangehörigen, freie Presse und freies Vereinswesen, Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten und progressiven Einkommenssteuer waren weitere Forderungen. Die 'Eisenacher' verlangten Volksschule als Pflicht und Schuldgeldfreiheit für alle anderen Schulen sowie 'direkte Gesetzgebung' - als Vorschlags- und Verwerfungsrecht durch die Wähler. Soweit es die Vereinsgesetze zuließen, wollte sich die neue Partei als 'Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation' verstehen. Internationale Solidarität sollte die Emanzipation der Lohnabhängigen erleichtern.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich: Ursprung
mit dem Namen des Redaktions-
Rechtsanwalts



Wie die erst vier Jahre zurückliegende Bildung der entschieden demokratischen sächsischen Volkspartei verdeutlicht das Eisenacher Programm den Zusammenhang der Arbeiterbewegung mit den demokratischen Traditionen des deutschen Bürgertums. Denn in diesem Programm nehmen Forderungen nach demokratischen Verfassungsprinzipien - wie zum Beispiel nach der Unabhängigkeit der Rechtspflege - einen zentralen Platz ein. Der Zusammenhang zwischen der politischen Demokratie und der "Ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse" wird nachdrücklich unterstrichen.

Bereits vor 125 Jahren wollten deutsche Sozialdemokraten die Befreiung der unterdrückten arbeitenden Klassen nicht durch eine neue Privilegierung ersetzen. Sie sprachen nicht von einer "Diktatur des Proletariats", sondern traten für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft ein. Der entscheidende Satz des Eisenacher Programms lautet: "Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, Ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat".

Die Orientierung auf die Demokratie als einem Hauptziel hat seither die deutsche Sozialdemokratie geprägt und bestimmt. Diesem Ziel hat sie stets ideologische Träume von einer Einheit der Arbeiterbewegung untergeordnet. An dieser Stelle nahm sie Abtrennungen und Spaltungen in Kauf. Deshalb haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR gegen die Zwangsvereinigung mit den Kommunisten Widerstand geleistet und dafür Freiheit und Leben auf's Spiel gesetzt. Wir sind stolz darauf, daß die älteste deutsche Partei an ihrer demokratischen Orientierung seither nie einen Zweifel gelassen hat.

(-/5. August 1994/ks/jr)

Den Prozeß der Einigung Europas unterstützen

**Erklärung zum Bodenseetreffen der Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands,
Österreichs und der Schweiz**

**Von Ministerpräsident Rudolf Scharping, Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler Franz
Vranitzky, Vorsitzender der SPÖ und Bundespräsident Otto Stich (Schweiz)**

Die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz unterstützen den Prozeß der Europäischen Einigung. Sie wollen das zukünftige Europa nach ihren Grundsätzen Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität weiterentwickeln. Dazu wollen sie - unabhängig von der derzeitigen Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union - ihre Politik in zentralen Bereichen stärker aufeinander abstimmen.

Sie unterstützen die Bemühungen der SPD Schweiz zur Integration der Schweiz in die Europäische Union. Insbesondere werden sie darauf hinarbeiten, daß die negativen Folgen einer zukünftigen EU-Außengrenze an Rhein und Bodensee möglichst gering bleiben. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Schweiz in gemeinsame regionale Entwicklungsprojekte im Rahmen der Europäischen Union.

Die vertretenen sozialdemokratischen Parteien unterstützen das Bemühen der "Sozialistischen Bodensee Internationale (SBI)", den Umwelt- und Gewässerschutz am Bodensee zu stärken,

eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik zu fördern und die Chancen eines sozial- und umweltverträglichen Tourismus zu verbessern. Besonders begrüßt werden die Bemühungen, die Euregio Bodensee zu einer ökologisch orientierten Modellregion auszubauen. Die Parteien treten für das Ziel ein, den alpenüberquerenden Güterverkehr weitgehend auf der Schiene abwickeln zu können. Gemeinsam bemühen sie sich um eine nachhaltige Reduzierung der Umweltbelastungen und eine neue Energiepolitik.

Die vertretenen Parteien bekennen sich zu einer Politik hoher Beschäftigung durch eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. Sie lehnen die sogenannte Zweidrittelgesellschaft und die damit verbundene Ausgrenzung Hunderttausender vom Arbeitsmarkt entschieden und aus Überzeugung ab. Gleichzeitig treten sie für eine humane Verteilung der Arbeit durch eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein.

(-/5.8.1994/bgy/hgs)

SPD wird Entwicklungspolitik stärkeres Gewicht geben

**Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

1. Bundesminister Spranger legt für 1995 einen Entwicklungshaushalt vor, der wie schon 1994 hinter der Steigerung des Gesamthaushaltes zurückbleibt und real sogar sinkt und vor allem die Hilfe für die ärmsten Länder und für Afrika kürzt.

Der Kontinent also, der in besonderer Weise von Kriegen und Flüchtlingsbewegungen, tiefstem Elend, Umweltzerstörung und enormem Bevölkerungswachstum gezeichnet ist, gerät immer mehr an den Rand der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In Zahlen: Afrika erhält 1995 etwa 100 Millionen weniger als in 1994 und 600 (!) weniger als in 1993. Die Bundesregierung setzt damit international fort, was sie seit Jahren im eigenen Land vorerzert: Die Probleme derer, denen es besser geht, werden auf Kosten derer gelöst, denen es schlechter geht.

2. Bundesminister Spranger kündigt die Absicht an, in Zukunft den deutschen Beitrag zu den internationalen Organisationen zurückzufahren und beim europäischen Gemeinschaftswerk Lome zu kürzen. Diese Re-Nationalisierung der Entwicklungspolitik gerade zu einem Zeitpunkt, in dem die Bundesrepublik die Präsidentschaft in der Europäischen Union übernommen hat, schadet nicht nur der Sache. Sie vermindert auch unseren internationalen Einfluß. Die Versprechungen des Bundeskanzlers, Deutschland wolle nach der Vereinigung eine größere globale Verantwortung übernehmen, werden Lügen gestraft.
3. Die Ankündigungen Sprangers, daß gerade für Krisen- und Flüchtlingsgebiete wie Ruanda, Somalia, Äthiopien oder Liberia in 1995 überhaupt keine entwicklungspolitischen Leistungen mehr eingeplant sind, zeigt, wie konzeptionlos die Bundesregierung ist, wenn es um Krisen vorbeugung und Wiederaufbauhilfe geht. Statt dessen schwadro-

niert der Bundeskanzler über deutsche Militäreinsätze im Süden. Daß hierfür immer Geld vorhanden ist, zeigt die Tatsache, daß für sinnlose Somalia-Expeditionen in wenigen Monaten 400 Millionen ausgegeben wurden, also das Zehnfache dessen, was dieses Land früher jährlich an Entwicklungshilfe erhielt. Militäreinsätze für humanitäre Ziele haben aber nur Sinn, wenn sie in entwicklungspolitische Konzepte eingefügt sind. Und viele Militäreinsätze könnten vermieden werden, wenn, wie in Ruanda oder Somalia, vorbeugende Friedenspolitik (und das heißt vor allem Minderung von Not und Aufbau ziviler, politischer und gesellschaftlicher Strukturen) betrieben würde. Dafür ist jedoch kein Geld da. Dagegen beteiligt sich die Bundesregierung an Waffenexporten, die zahllosen Menschen das Leben kosten.

4. Der Etat des Entwicklungsministers enthält keine Ansätze, um mitzuhelfen, die größten Probleme der Länder des Südens und Ostens zu lösen. Spranger schlägt keine einzige Initiative vor, um in einer internationalen Anstrengung zu versuchen, die Überschuldung dieser Länder abzubauen und ihre Chancen in der Weltwirtschaft zu verbessern. Dabei sind gerade dies die Kernprobleme, mit denen diese Länder zu kämpfen haben.
5. Minister Spranger hat es auch beim Haushalt 1995 versäumt, Zeichen für eine stärkere Förderung auch der kleineren Nichtregierungsorganisationen, der entwicklungspolitischen Bildung im eigenen Lande und einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Wirtschaft zu setzen.

Der Etat des Entwicklungsministers ist ein Etat des kurzen Atems und der kurzen Sicht. Er schadet auch deutschen Interessen, weil er nicht das Mögliche leistet, um in einer zunehmend vernetzten Welt die globalen Gefahren von Armut und Flucht, Umweltzerstörung und zu hohem Bevölkerungswachstum abzuwehren.

Wir Sozialdemokraten setzen dem entgegen:

- Zu hohes Bevölkerungswachstum, Kriege und Flucht sind nur einzudämmen, wenn wir den armen Ländern stetiger und konsequenter dabei helfen, Armut und Verzweiflung und daraus resultierende Gewalt zu bekämpfen. Bei knappen Kassen werden wir also nicht bei den ärmsten Ländern kürzen, sondern alle Anstrengungen unternehmen, um dort unsere Leistungen zu erhöhen und wirksamer zu machen. Das gilt vor allem für Afrika.
- Die Re-Nationalisierung der Entwicklungspolitik ist ein unverzeihlicher Rückschritt. Wir werden den deutschen Einfluß nutzen, um die internationalen Institutionen zu stärken. Nicht der Rückzug, sondern eine stärkere Beteiligung und Koordinierung kann gemeinsame Initiativen wirksamer machen.
- Nicht Militäreinsätze, wo bereits Hunderttausende getötet wurden und Millionen geflüchtet sind, sondern vorbeugende Friedens- und Entwicklungspolitik, aber auch sofortige Wiederaufbauhilfe sind unsere Priorität. Wir werden deshalb auch entschieden die Mittel für Friedens- und Aufbauprozesse erhöhen. Das gilt insbesondere für die Krisengebiete im Nahen Osten, in Afrika und Mittelamerika.

Entwicklungspolitische Leistungen dürfen nicht zurückgefahren werden. Wir wissen aber auch, daß Maßnahmen gegen den Protektionismus und die Überschuldung noch wichti-

ger sind. Wir werden deshalb eine Initiative für faire, sozial und ökologisch verträglichere Handelsbeziehungen und für eine internationale Entschuldungsoffensive ergreifen.

Staatliche Initiativen reichen in der Entwicklungspolitik nicht aus. Wir werden deshalb die Kirchen und die Nichtregierungsorganisationen, aber auch die private Wirtschaft und die Gewerkschaften in die entwicklungspolitische Planung einbeziehen und ihre Arbeit wirkungsvoller unterstützen.

(-/5.8.1994/va-he/hgs)

Bundesregierung verantwortlich für ökologischen Kolonialismus

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesumweltminister hat mit seinem Hinweis, der heiße Sommer sei ein Vorbote der globalen Klimaveränderungen, eine heftige Debatte ausgelöst. Damit kommt ein wichtiges Thema wieder in die öffentliche Diskussion, das nach dem Erdgipfel von Rio an Bedeutung verloren hatten. Verkürzt, wenn nicht sogar falsch ist die aus der argumentativen Not nach seinem skandalösen Verhalten beim Sommersmog aufgestellte Behauptung des Bundesumweltministers, der heiße Sommer sei, jedenfalls für sich gesehen, ein Vorbote der Klimakatastrophe. So einfach ist das nicht, sondern genauso verkürzt wie die vorschnelle Behauptung des Deutschen Wetterdienstes, die anhaltende Hitze hätte nichts mit der Verschiebung des Klimasystems zu tun.

Richtig ist, daß - über einen längeren Zeitraum gesehen - zahlreiche, sich verdichtende Hinweise für globale Klimaänderungen festzustellen sind. Dazu zählen Fakten wie

- Halbierung der Alpengletscher in den letzten 30 Jahren;
- Zunahme der Wasserdampfkonzentration in den höheren Lichtschichten um vier Prozent;
- Erwärmung der tropischen Ozeane;
- die sechs wärmsten Jahre seit Beginn der direkten Temperaturmessung (rund 135 Jahre) liegen nach 1980;
- deutliche Anstieg der durchschnittlichen Wintertemperaturen;
- Erhöhung der Windgeschwindigkeiten und mittleren Wellenhöhen im Winterhalbjahr;
- zeitliche und räumliche Verschiebung der Niederschlagsverteilung;
- Erhöhung der Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre auf rund 355 ppm gegenüber dem natürlichen Wert von 280 ppm, was zur Veränderung von Strahlenbilanz und Energiehaushalt in der Atmosphäre führt;
- Vertiefung der quasi stationären Tiefdruckgebiete über Nordatlantik und Nordpazifik.

Auch die Computersimulationen über die Folgen der Freisetzung von wärmestauenden Gasen wie Kohlendioxid, Methan, Ozon in der Troposphäre und Chlorverbindungen belegen, daß es einen sich beschleunigenden Trend der Erwärmung und Klimaänderung gibt. Die Klimagefahren zeigen sich aber nicht in einem kontinuierlichen Anstieg von Temperaturen, Windgeschwindigkeiten oder dem Meeresspiegel, sie vollziehen sich vielmehr in längerfristigen Trends, bei denen es zu erheblichen Sprüngen in der Wetterbildung kommt. Extreme Schwan-

kungen kennzeichnen die Übergangsphase bei der Anpassung an neue Klimabedingungen.

Der Widerspruch des Deutschen Wetterdienstes ist ebenfalls falsch, denn Wetter ist nicht Klima. Natürlich lassen sich zum Beispiel für Hitzetage historische Parallelen heranziehen. Aber bei Klimaänderungen geht es nicht um Einzelereignisse, entscheidend sind vielmehr das Gesamtbild und die längerfristigen Trends. Dieser Streit zwischen Klima- und Wetterforscher ist nicht neu. Vor noch nicht ferner Zeit haben Wetterforscher Klimaänderungen sogar abgestritten. Das können sie sich heute angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr leisten.

Die SPD hat dennoch kein Verständnis für das Verhalten von Umweltminister Töpfer. Er ist ein Jongleur für Folgenloses, wie Joschka Fischer ein Meister der griffigen Überschriften. Seine eigentliche Aufgabe ist es jedoch, Mensch und Umwelt zu schützen. Die praktische Umsetzung steht bei Herrn Töpfer aber in einem proportional völlig umgekehrten Verhältnis zu seiner Kreativität in der Öffentlichkeitsarbeit. So weist er zwar auf die Klimagefahren hin, versagt aber gleichzeitig bei den Konsequenzen. Dafür gibt es keine Entschuldigung, denn was zum Schutz des Klimas zu tun wäre, ist weitgehend bekannt.

Beispielhaft war dieses Versagen in der Ozondebatte der vergangenen Tage. Ozon in der Troposphäre ist ein hoch wirksames Treibhausgas, das in der Bundesrepublik mit rund sieben Prozent an der Erwärmung der Atmosphäre beteiligt ist. Wenn Herrn Töpfer die Klimagefahren zu Recht so ernst sind, wie er das öffentlich behauptet, dann ist seine Laissez-faire-Politik beim Sommersmog verantwortungslos. Hier hätte der Umweltminister die Möglichkeit, durch Auflagen und Geschwindigkeitsbegrenzungen schnell zu handeln und Entlastungen zu erreichen. Doch die ideologischen Verklebungen von CDU/CSU und FDP beim Auto verhindern notwendige Entscheidungen, obwohl - wie Hassen zeigt - die Bürger bereit sind, entsprechende Einschränkungen zu akzeptieren.

Es muß Schluß sein mit der Roßtäuscherei. Seit 1990 liegen die Empfehlungen der Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre' auf dem Tisch, vor zwei Jahren hat der Bundeskanzler der Weltöffentlichkeit versprochen, die Anstrengungen zum Schutz des Klimas zu verstärken. Nichts ist geschehen, obwohl die Konzepte für Energieeinsparen, Förderung der Solarenergie, Zurückdrängung des motorisierten Verkehrs oder zur Ökologisierung der Landwirtschaft bekannt sind. Statt dessen betreibt die Bundesregierung einen ökologischen Kolonialismus. Den betreibt sie zwar nicht alleine, aber die Bundesrepublik gehört zu den Nationen, die die Umwelt noch immer mit am stärksten verschmutzen: Die Pro-Kopf-Emissionen klimaverändernder Gase liegt national im Schnitt etwa viermal so hoch wie im Weltdurchschnitt. Weil diese Erkenntnis folgenlos bleibt, macht sich die Bundesregierung schuldig an der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Verschlechterung der Lebenschancen künftiger Generationen.

Die SPD will die klimaschädlichen Gase um 25 Prozent bis zum Jahr 2000 verringern. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Deshalb schlagen wir eine nationale Klimaschutzkonferenz vor, um sich auf Ziele in allen Sektoren zu verständigen und gemeinsam gegen den Widerstand zahlreicher Interessengruppen für die Umsetzung einzustehen. Damit kann die Menschheitsherausforderung Klimaschutz aus der provinziellen Enge heutiger Politik herausgeholt werden.

(-/5. August 1994/bgy/ks/hgs)
